

Der Kohlenkrieg von Morus

Die Franzosen sind nach Essen gegangen, um sich die Kohle zu holen, die ihnen die Deutschen vorenthalten haben. Das ist die Auffassung Frankreichs.

Die Franzosen haben das Ruhrgebiet besetzt, um uns zu vergewaltigen, um unsre Wirtschaft, um unsre Zukunft zu zerstören: das ist die Auffassung, die gegenwärtig die öffentliche Meinung in Deutschland beherrscht.

Was ist geschehen? Zunächst etwas Furchtbares. Vier Jahre nach einem — immerhin — nach einem Friedensschluß rücken fremde Soldaten, feldmarschmäßig, mit Artillerie und allen Mitteln des modernen Krieges ins Land, bemächtigen sich der Verwaltung, verhängen den Belagerungszustand, lassen deutsche Privatleute zusammenschleppen wie Rekruten und spielen, wenn schon nicht Krieg, so doch Etappe. Das ist und bleibt eine Ungeheuerlichkeit — eine Ungeheuerlichkeit auch dann, wenn triftige Gründe zu Zwangsmaßnahmen vorhanden waren.

Was waren die Gründe? Die deutsche Regierung behauptet, mit 4 Prozent der Kohlenlieferungen, 20 000 Kubikmetern Holz und 5000 Telegraphenstangen im Rückstand zu sein. Die französische Regierung gibt etwas höhere Ziffern an. Von 200 000 angeforderten Telegraphenstangen seien nur 65 000 geliefert worden, von 55 000 Kubikmetern Holz nur 35 000, während in den staatlichen Forsten auf dem linken Rheinufer allein ohne Raubbau jährlich $1\frac{1}{4}$ Millionen Kubikmeter geschlagen werden könnten. Die deutsche Regierung hat erklärt, die Preise für die Reparationslieferungen seien so niedrig, daß sie dafür kein Holz bekommen können. Aber zur gleichen Zeit haben deutsche Privatfirmen der französischen Industrie Angebote zu viel niedrigeren Preisen gemacht. Ähnlich mit deutschem Stickstoff, ähnlich mit den Kohlenlieferungen.

Das Alles — es muß wiederholt werden — entschuldigt nicht die militärische Besetzung. Aber man muß doch auch die deutsche Regierung fragen: War das nötig? War wirklich nötig, bei allen Lieferungen zu protestieren und abzuhandeln und im Rückstand zu bleiben? War wirklich nötig, um die Holzlieferungen, die doch tatsächlich zu leisten gewesen wären, monatelange Verhandlungen in der Reparationskommission zu führen? War die Methode des ständigen Querulierens, aus der die Beamten mancher Ministerialbüros doch gar keinen Hehl machten, wirklich die richtige?

Die deutsche Presse und die deutsche Leserschaft — eine der andern würdig — antwortet in ihrer Mehrheit: Nein, die bisherige Methode der „Erfüllung unter Protest“ war falsch, und wir müssen zu einer andern übergehen — zu der Methode der passiven Resistenz. Die Regierung hat das Stichwort gegeben, und das Volk trottet nach. In Wirklichkeit ist man aber weder in der Wilhelm-Straße noch in Essen zu passiven Resistenz ernsthaft entschlossen, sondern man berauscht sich hier und dort wieder einmal an der großen Geste. Statt einer Politik kaltblütiger Besonnenheit treibt man in

Deutschland gegenwärtig eine Politik der Pose. Was soll die Abberufung des Botschafters und der Gesandten aus Paris und Brüssel; wenn man das Gesandtschaftspersonal dort beläßt? Was soll die pompös angekündigte Verlegung des rheinisch-westfälischen Kohlen-syndikats, wenn man gleichzeitig anordnet, daß alle Werkleiter, alle Ingenieure, alle Beamten auf ihren Plätzen bleiben?

Es berührt wie ein Treppenwitz, wenn die schwerindustrielle Telegraphen-Union ein Communiqué herausgibt: „Kein maßgebender Herr aus den Werkdirektionen hat jemals die Absicht gehabt, sein industrielles Werk im Augenblick der Gefahr aus Gründen persönlicher Sicherheit zu verlassen.“ Weiß Gott: daß die Herren aus „Gründen persönlicher Sicherheit“ retirieren würden, hat Niemand befürchtet. Eher könnte man befürchten, daß sie sich nach den ersten Protestgebärden zu schnell mit den Besatzungsbehörden anfreunden werden. Und die Börse geht wohl nicht fehl, wenn sie in der Besetzung keinen Grund sieht, die Montanpapiere niedriger zu bewerten. Auch die Abwärtsbewegung der Mark ist nach den Tagen der Ungewißheit zu einem gewissen Stillstand gekommen. Ein Gerücht besagt, die Bank von Frankreich hätte Markkäufe vorgenommen, um der Welt zu zeigen, daß die Besetzung keine katastrophalen Folgen für die deutsche Währung hat.

Ob die Mark ihren jetzigen Kurs wird halten können, wird aber nicht nur von den Maßnahmen der Franzosen abhängen, sondern zum guten Teil von der Haltung der deutschen Regierung und des deutschen Volkes. Mit Massenprotesten, Trauertagen oder gar mit kleinteiligen Vergeltungsmaßnahmen wie der geplanten Ausschließung französischer und belgischer Journalisten von der Reichstagstribüne ist nichts getan. Noch gefährlicher ist natürlich der Weg, zu dem die Deutschnationalen die Regierung zu drängen suchen: der förmliche Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Notwendig ist vielmehr, möglichst rasch wieder mit Frankreich Verhandlungen anzuknüpfen, sei es auf dem Wege über England, sei es, wenn das nicht möglich ist, auf direktem Wege.

Jedenfalls: Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht!

Die große Täuschung von Morus

Auf daß wirs nicht vergessen, ist uns beschieden worden, noch einmal alle Schrecken der Großen Zeit zu durchleben. Damals, im August 14 stellten wir beides: Gewalttat und Lüge. Diesmal ist die Arbeit geteilt: die Franzosen liefern die Gewalttätigkeit, die Deutschen die Unwahrhaftigkeit. Frankreich mißbraucht seine Macht, Deutschland seine Not.

Die Franzosen hatten sich durch ihren Einmarsch in das Ruhrgebiet schwer ins Unrecht gesetzt, weniger formaljuristisch als moralisch, weniger de jure als de facto. In allen europäischen Ländern sah ein erheblicher Teil der Bevölkerung, in manchen Ländern das gesamte Volk darin einen verdammenswerten militärischen Einbruch in fremdes Land. Deutschland hatte wirtschaftlich einen lebensgefährlichen Schlag erlitten, es hatte moralisch — ohne sein Zutun — eine Bataille gewonnen. Aber es hat nicht verstanden, diesen moralischen Sieg zu nützen. Es hat seelisch die Belastungsprobe der französischen Zwangsvollstreckung nicht ausgehalten. Es ist unter dem unmittelbaren Eindruck dieser trotz allen Ankündigungen überraschenden Aktion mit seinen Nerven zusammengebrochen. Das deutsche Volk wird gegenwärtig von einer Kriegspsychose geschüttelt, die deshalb so viel krankhafter wirkt als der August-Wahnsinn, weil Gesinnung und Tat, weil Wollen und Können diesmal so völlig inkongruent sind. Ich weiß, daß das Bild nicht schön ist — aber ich finde kein andres: Deutschland liegt da wie ein abgezehrter und deshalb um so lauter bellender Kettenhund.

Die Erregung über den Einmarsch der Franzosen war verständlich, Auswüchse dieser Erregung sogar, soweit sie spontan waren, verzeihlich. Aber lauter noch und offenkundiger als im August 14 wurde die Stimmung, die Verstimmung organisiert. Durch Demonstrationen, durch Proteste und — last not least — durch falsche und übertreibende Pressemeldungen wurden Haß und Erbitterung geschürt. Die Angaben über Vorbereitungen, Truppenstärke und Zwangsmaßnahmen wurden gewaltig aufgebauscht. In keine Stadt zogen die Franzosen ein, in der sie nach den Zeitungsberichten nicht schon längst drin waren — wie wenn wirklich so schwer festzustellen wäre, ob in Bochum uniformierte Franzmänner sitzen oder nicht. So besonnene Männer wie der Reichspräsident Löbe warnten davor, die Wut der Bevölkerung zu entfesseln — und hernach war man verwundert, daß die Franzosen, die anfangs nur ein paar tausend Mann zum Schutz ihrer Ingenieure und zur Durchführung der Kohlenkontrolle ins Ruhrgebiet geschickt hatten, die zehnfache Verstärkung hinterhersandten.

Und dazu wieder und immer wieder der törichte Protesthagel. Es wäre empfehlenswert, wenn die emsigen Statistiker, die so gern den Ausfall der Güterproduktion am 1. Mai oder durch Streiks berechnen, einmal untersuchten, wieviel Zeit und Kosten durch die obrigkeitlich geförderten Protestkundgebungen

vergeudet worden sind. Was wollte und was will man — der Unfug nimmt ja noch immer kein Ende — denn eigentlich damit erreichen? Wen will man bekehren? Die Franzosen? Oder die Engländer und Amerikaner? Die haben genug Vertreter in Deutschland, um sich genau darüber informieren zu lassen, was Tatsache und was Uebertreibung, was ehrliches Gefühl und was Mache ist. Und es ist kaum zweifelhaft, daß die Drommetentöne, mit denen man allerorten unsre Not in die Welt hinausschmetterte, grade jenseits des Kanals die entgegengesetzte Wirkung gehabt haben, als die Posaunenbläser wollten. Man horchte nicht auf — man hielt sich die Ohren zu.

Damit soll nicht gesagt sein, daß eine würdigere, eine glaubwürdigere Haltung England zur Intervention bewogen hätte. Vertrauen und Mißtrauen sind nicht nur ethische Kategorien, sondern sind Imponderabilien des geschäftlichen Lebens und damit höchst realpolitische Größen. Aber Voraussetzung ist immer, ob sich überhaupt verlohnt, mit einem andern Volk ein Geschäft abzuschließen. Und England ist gegenwärtig an der Reparationsfrage sehr viel uninteressierter als vor zwei Jahren. Es gehört zu den Unseligkeiten der neudeutschen Politik, daß sie immer nur zwei Methoden kennt: entweder man spielt den Großmogul (siehe: Flottenpolitik!), oder man pendelt im Zickzackkurs hin und her (siehe: Polenpolitik!) — aber man geht nie den graden Weg zu einem erreichbaren Ziel.

In der Reparationspolitik gab es zwei Möglichkeiten: entweder man erfüllte bis zum Ruin Englands — oder man erfüllte bis zum Wiederaufbau Frankreichs. Beides waren, vom deutschen Standpunkt ausgesehen, Ziele, die wir in ein paar harten Jahren nur zu erreichen brauchten, um wieder in die Höhe zu kommen. Aber der Weg, den man einmal eingeschlagen hatte, mußte bis zu Ende gegangen werden.

Das Londoner Ultimatum hatte uns — es gehört das zu Lloyd Georges ohne sein Zutun korrigierten, aber ganz groben Fehlern — auf den ersten Weg gedrängt: auf den Weg der Barzahlungen. Barzahlungen leisten konnten wir, wofern wir nicht fortgesetzt von der Substanz zehren wollten, nur durch gesteigerte Exportproduktion. Wir mußten exportieren, und da wir unsre Qualitätsmonopole nach dem Krieg zum großen Teil verloren hatten, konnten wir nicht besser, sondern nur billiger liefern als die Andern, namentlich als unser Hauptkonkurrent auf dem Weltmarkt, als England. Wir mußten den Markt mit Ware überschwemmen. Nicht, wie wir es dank unsrer unverantwortlichen Inflationspolitik getan haben, mittels Valutadumping, sondern durch reelles Unterbieten. Das hätte für ein paar Jahre schwere Uebearbeit gekostet, aber es hätte sich rentiert, denn es hätte zu einer Zerrüttung des Weltmarkts und zumal des englischen Absatzes geführt, die uns zwangsläufig in verhältnismäßig kurzer Zeit eine völlige Revision des Versailler Vertrages erwirkt hätte.

Der zweite Weg der Erfüllungspolitik war der Weg der Sachlieferung, genauer: der Sachlieferungen auf Bestellung. Man hat vielfach, und vom rechnerischen Standpunkt aus gewiß richtig, den Einwand erhoben, zwischen Sachlieferungen und Bar-

zahlungen sei kein grundlegender Unterschied, denn letzten Endes müßten wir ja doch in beiden Fällen „zahlen“, und beide Male zahlten wir ja schließlich mit Ware, denn die Barzahlungen würden, wenn man sie wirklich aufbringen wollte, mit Exportdevisen geleistet, also mit dem Ertrag von produzierten Waren. Das traf durchaus zu für die Sachlieferungen, wie wir sie neben den Barleistungen im Londoner Ultimatum und noch nach Spa zu zahlen hatten. Aber es trifft nicht zu auf die eigentlichen „Sachlieferungsverträge“, deren ersten Rathenau und Loucheur in Wiesbaden schlossen, und die sich dann in dem Bemelmans-Abkommen, in den noch viel bedenklichern „Wiederaufbauverträgen“ zwischen Stinnes und Lubersac, dem Vertrag des Lehrer-Siemens-Konzerns und den vielen kleinern Privatabkommen auf Staatskosten mannigfach wiederholten.

Hier war der Vorgang der Warenlieferung ein ganz anderer. Es wurde nicht mehr geliefert, was Deutschland wollte, sondern was nötig, das heißt: was auf dem Weltmarkt knapp oder unbequemer zu beschaffen war. Die deutsche Ware, die man brauchte, wurde angefordert. Damit wurde die Absatzkrise in den angelsächsischen Ländern, wenn auch nicht gleich behoben, so doch ganz wesentlich gemildert. Und wenn England auch aus politischen Gründen anfangs zögerte, zu dem Wiesbadener Abkommen, ohne Gegenleistung Frankreichs, seine Einwilligung zu geben, so hat es doch von den Sachlieferungsverträgen außerordentlichen Vorteil gehabt und den spätern Verträgen auch bereitwilligst zugestimmt. Damit war das (negative) Interesse Englands an der Reparationsfrage — seine Kriegsbeute: die Kriegs- und Handelsflotte und die Kolonien hatte es ja vorweggenommen — erloschen; damit aber auch die Aussicht für Deutschland, auf Drängen Englands von den Reparationsleistungen befreit zu werden. Die Gefahr, die hierin steckte, hat bei uns als Erster Alfred Lansburgh, der Herausgeber der ‚Bank‘ erkannt; aber ebenso wie in der Stabilisierungsfrage ist auch in der Reparationsfrage die Stimme dieses hervorragenden Volkswirtschaftlers überhört worden.

Gewiß, man brauchte nicht auf das Interesse oder die Interesselosigkeit Englands Rücksicht zu nehmen. Aber dann mußte man nicht nur mit Worten, sondern mit Taten entschlossen sein, die Erfüllungspolitik ganz auf die Befriedigung Frankreichs aufzubauen, nicht auf das Minimalprogramm einiger französischer Pazifisten, sondern auf das Reparationsprogramm des französischen Volkes, der französischen Bevölkerung in den zerstörten Gebieten. Dann mußte man wirklich entschlossen sein, zu erfüllen „bis zum Weißbluten“. Seien wir ehrlich: wer hat in Deutschland diesen letzten, unerschütterlichen Willen gehabt? Nicht einmal Diejenigen, die in dem Wiederaufbau Nordfrankreichs mehr als eine peinliche Vertragsverpflichtung, nämlich eine selbstverständliche moralische Pflicht sehen — und deren gibt es in Deutschland nicht mehr viele. Dann mußten wir auch die nächste Konsequenz der Wiederaufbaupolitik ziehen und eine enge, Manchem vielleicht bedrohlich enge Verbindung mit der französischen Industrie eingehen. Auch das geschah nicht.

So sind wir auch von diesem zweiten, beschwerlicheren Wege abgeglitten und halb sehend dem Unheil zugerannt, das wir in diesen Tagen erleben. Die Situation im Ruhrgebiet hat sich in den acht Tagen, seit hier zu einem möglichst raschen Verständigungsfrieden geraten wurde, prinzipiell nicht sonderlich verändert: Die Franzosen haben ihren Plan folgerichtig durchgeführt. Die Deutschen gefallen sich — wenigstens nach außen hin — in einem falschen Heroismus. Aber Starrsinn und Steifnackigkeit ist noch kein Heldentum. Ist es selbst dann nicht, wenn man aus den Klubsesseln des Direktionszimmers ein paar Tage ins Polizeigewahrsam wandert. Und ist es erst recht nicht, wenn draußen dem Arbeitsvolk ein Winter ohne Kohle droht. Denn nicht allen Deutschen wird der Schmerz um das Ruhrgebiet durch die Riesengewinne an der Börse gemildert.

Und wäre es selbst eine Heldentat, starren Widerstand zu leisten: das Ziel der Politik ist nicht, heroisch unterzugehen, sondern sich zu behaupten.

Die Weltbühne, Nr. 4 / 1923

Das Blättchen publiziert als Form der produktiven Verneigung und des Gedenkens in seiner Rubrik „Vor 90 Jahren“ Beiträge aus ihrer großen Vorgängerin - der *Weltbühne* von Siegfried Jacobsohn, Kurt Tucholsky sowie Carl von Ossietzky. Nicht in jedem Fall ist es der Redaktion dabei gelungen, zweifelsfrei zu klären, ob an den Texten noch Urheberrechte bestehen, und die Inhaber gegebenenfalls zu kontaktieren. Wo sich ein solches Defizit offenbaren sollte, bitten wir darum, sich direkt an uns zu wenden.

Die Redaktion